

AL Info² / 23

3 Redaktionsmitglied Andrea Leitner stellt die Kandidierenden der Nationalratswahlen vor.

4 Die AL im Einsatz für bezahlbaren Wohnraum. Artikel zum Wohnbaufonds, den Hochhausrichtlinien und der Wohnschutz-Initiative.

6 Immer noch hässig! Seit dem grossen feministischen Streik 2019 ist viel passiert. Sarah Casutt gibt uns einen vertieften Einblick.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Vor und nach den Wahlen

Für Links-Grün waren die Kantonsratswahlen kein Highlight. Insgesamt gingen drei Sitze verloren. Auch die AL büsste einen Sitz ein, kann aber mit fünf Sitzen immer noch eine Fraktion bilden. Dieses Ergebnis ist trotz allem bemerkenswert.

Im grössten Kanton kann sich die AL seit Jahren als linke Alternative zu SP und Grünen behaupten. Dennoch ist der Sitzverlust bedauerlich. Mit Melanie Berner verlieren wir eine markante und allseits anerkannte Stimme im Rat. Kantonsweit erreicht die AL 2,6% und verliert damit ein halbes Prozent. In der Stadt Zürich verlieren wir 17% der Stimmen. Am meisten im Wahlkreis 6/10 mit einem Drittel und im Kreis 4/5 mit einem guten Viertel Verlust. Im Wahlkreis 7/8, wo wir mit einer eigenständigen Quartierpolitik aktiv sind, konnten wir zulegen, und in den Wahlkreisen 1/2 und 3/9 war der Verlust deutlich geringer. Auf dem Lande verloren wir etwa einen Viertel der Wähler:innen, wobei wir in Horgen, Bülach oder Urdorf leicht gewannen. Zugelegt haben wir hingegen in der Stadt Winterthur. Dort wachsen wir wenig, aber stetig und erreichen nun über 4% der Stimmen.

In den Regierungswahlen erzielte Anne-Claude Hensch über 70'000 Stimmen. Ein sehr gutes Resultat. In den Stadtkreisen 4/5 und 3 überholte sie gar Super Mario. Ihr Resultat zeigt, dass Rot-Grün sich zumindest in der Stadt Zürich sehr gut gegenseitig unterstützt.

Gründe für den Rückgang

Wahlen in unsicheren Zeiten helfen nie den kleinen Parteien. In solchen Phasen sucht man Sicherheit bei den

Grossen, vermeidet Experimente und das Risiko von Veränderungen. Laut Nachwahlbefragung haben viele aus wahltaktischen Gründen nicht mehr AL gewählt. Zwar sorgt das Wahlsystem (Pukelsheim) gerade dafür, dass keine Stimme im ganzen Kanton verloren geht, aber offenbar ist dies nicht den Köpfen unserer Klientel angekommen.

In der Stadt Zürich war im Gegensatz zur Agglo und zum Land die Wahlbeteiligung deutlich höher. Davon haben wir nicht profitiert, wohl aber SP, GLP und FDP. Die höhere Stimmbeteiligung ist auf die wachsende Akademisierung der städtischen Bevölkerung – ein Drittel der Erwerbstätigen in der Stadt Zürich besitzt einen tertiären Bildungsabschluss – und das damit verbundene stärkere Interesse an Politik und Partizipation zurückzuführen. Gutgebildete mit entsprechendem Einkommen wählen Ihresgleichen.

Der AL ist es nicht gelungen, die schmale Basis ausserhalb der grossen Städte auch nur ansatzweise zu verbreitern. Ausser in Dietikon mit einem Sitz und in Wetzikon mit unser Schwesterpar-

tei AW sind wir in keinem einzigen lokalen Parlament vertreten. Ohne Präsenz in kommunalen Parlamenten, können wir das grosse Potential in den Agglomerationsgemeinden nicht ausschöpfen.

Neue Köpfe für Nationalratswahlen

Erfolgreich können wir als kleine Partei nur sein, wenn es uns gelingt, unsere Kernthemen – Wohnen, Grundrechte, Steuern, Gleichstellung, service public – mit eigenen Inhalten und profilierten Köpfen zu besetzen. Die AL hatte immer das Image, anders als die anderen rot-grünen Parteien, staatskritisch und freiheitsliebend zu sein, und hat dies mit kantigen Köpfen in der Öffentlichkeit vertreten. Daran müssen wir anknüpfen. Bei den Nationalratswahlen treten wir mit neuen Köpfen an, welche diese Kernbotschaften der AL propagieren. Nur als profilierte eigenständige Kraft können wir uns genügend Platz schaffen, um unsere Anliegen zu verbreiten und wieder vermehrt von den Wähler:innen unterstützt zu werden.

Markus Bischoff, Alt-Kantonsrat



Die Kantonsratsfraktion feiert das Legislaturende und zwei Abschiede (Bild: Dafina Gash)

Parolen

Abstimmungen vom 18. Juni 2023:

BUND

OECD-Mindeststeuer **NEIN**

Gegenvorschlag Gletscher-Initiative **JA**

Covid-19-Gesetz **JA**

STADT ZÜRICH

Wohnraumfonds **2xJA**

Ersatzneubau Saatlen **JA**

Pestalozzi-Bibliothek, Beiträge **JA**

Termine

Dienstag, 30. Mai: AL-Generalversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr.

Mittwoch, 14. Juni: Feministischer Streik, Zürich und Winterthur.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1900 Ex.,
Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann

Redaktion Dafina Gash, Zoe Lehmann, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr, Christina Schiller

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Ein Blick zurück und einer voraus

Melanie Berner verlässt die Kantonsratsfraktion per Ende Legislatur, Lisa Letnansky stösst neu dazu. Im Gespräch schauen sie zurück und in die Zukunft.

Lisa: Ich muss gestehen, ich habe Respekt vor dem Amt. Mir wurde immer gesagt, die Arbeit im Kantonsrat sei so frustrierend, weil man ständig der bürgerlichen Mehrheit unterliegt.

Melanie: Politisch stimmt das natürlich, obwohl die Mehrheiten im Gemeinderat auch nicht mehr so komfortabel sind. Allerdings gab es seit 2019 die Klimallianz, durch die wir wenigstens in der Umweltpolitik Mehrheiten bilden konnten. Ausserdem ist der Umgangston in den Kommissionen meist angenehm. Die politischen Positionen sind klar – ich weiss, wo die SVP steht und umgekehrt. Da muss man keine Gehässigkeiten austauschen. Regelmässig wiederkehrende Anlässe sind dabei auch sehr wertvoll. In der Politik muss man immer mit Menschen über die Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, da sind verbindende Elemente wichtig.

L: Trotzdem: Bei welchem Geschäft hat dich am meisten geärgert, dass es nicht durchkam?

M: Das war bei der von der AL eingereichten parlamentarischen Initiative für eine «regelmässige Festsetzung der Vermögenssteuerwerte». Diese Parameter, die den Wert von Land oder Immobilien bestimmen, wurden seit 2009 nicht mehr angepasst. Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative fehlte wegen Krankheiten und Abwesenheiten eine einzige Stimme.

L: Du warst in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Waren Steuerfragen schon vorher dein politisches Kernthema, oder kam das erst durch die Arbeit in der Kommission?

M: Verteilfragen waren schon immer wichtig für mich und Verteilung funktioniert zu einem grossen Teil über Steuern.

Du bist nun in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit. War das deine Wunschkommission?

L: Das war sie tatsächlich. Beim Umgang des Kantons mit Geflüchteten wie zuletzt beim MNA-Zentrum Lilienberg, bei den diskriminierende Strukturen in der Kantonspolizei (z.B. Racial Profiling) und bei der Gleichstellung gibt es noch Einiges zu tun. Ausserdem interessieren mich die Kulturpolitik und die Bildungspolitik, insbesondere bei Fragen der Zugänglichkeit der Institutionen.

Spielt die Kommission, in der man ist, eine grosse Rolle dabei, wo man als Kantonsrätin etwas verändern oder anstossen kann?

M: Ja, vor allem in einer kleinen Fraktion und wenn man dazu noch Beruf und Kinder hat. Denn nebst Veränderungswille und Durchhaltevermögen braucht es eben auch Ressourcen. Das hat aber auch mit der Strategie der Fraktion zu tun. Wir haben die Strategie verfolgt, dass sich die AL zu jedem Geschäft im Rat äussert, um Sichtbarkeit zu erlangen. Das hat auch funktioniert, wir wurden in den Medien wahrgenommen. Das war aber auch eine Riesenarbeit. Die Fraktion könnte sich auch auf Kernthemen konzentrieren, diese konsequent bearbeiten und vermehrt eigene Vorstösse einreichen. Das würde eine andere Sichtbarkeit generieren.

Dieses Gespräch wurde gekürzt und ist in voller Länge auf al-zh.ch zu lesen.

Vielen Dank Markus

Nach 16 Jahren Einsatz für die AL im Kantonsrat und 8 Jahren als Fraktionspräsident tritt Markus Bischoff per Ende April zurück. Als Anwalt und ehemaliger Gemeinderat in Zürich konnte er von Beginn an in den Debatten durch sein rhetorisches Talent glänzen. Seine oft träfen Voten brachten jeweils die Problematik eines Vorstosses exakt auf den Punkt.

Bereits in seiner ersten Legislatur wurde er zum Präsidenten der PUK zum BVK-Schlamassel gewählt und ganz am Ende konnte er die Subkommission zum Innovationspark Dübendorf leiten. Seine

Qualitäten wurden über die Parteigrenzen hinweg geschätzt und respektiert.

Markus zeichnet sich durch ein untrügliches Gespür für politische Trends, strategisches Denken, ein breites historisches Wissen und eine gute parteiübergreifende Vernetzung aus.

Lieber Markus, du hast uns stets eloquent und überzeugend vertreten. Wir danken dir für deinen langjährigen und beherrzten Einsatz für die AL und die Fraktion. Für die Zukunft wünschen wir dir alles Gute.

Anne-Claude Hensch, neue Fraktionspräsidentin

AL – für eine lebensnahe Politik

Im März hat die AL-Vollversammlung die von der Findungskommission vorgeschlagene 10-köpfige Listenspitze für die Nationalratswahlen mit wenigen Enthaltungen verabschiedet.

Ganz zuoberst steht Anne-Claude Hensch, Kantonsrätin, frischgewählte Fraktionspräsidentin und dank den Wahlen von Anfang Jahr bereits warmgelaufen und wahlkampfprobt; auf Platz 2 die in der Stadt bestens vernetzte ehemalige Gemeinderätin Olivia Romanelli. David Garcia Nuñez, Zürcher Gemeinderat seit mehr als sechs Jahren und Co-Fraktionspräsident, komplettiert das Spitzentrio.

Auf Platz 4 schliesst sich die Stadtparlamentarierin Sarah Casutt an, die seit einem Jahr für die AL Winterthur politisiert. Auf Platz 5 ist Sophie Blaser gesetzt, die sich als engagierte VPOD-Gewerkschafterin einzubringen weiss. Ihr folgt auf Platz 6 mit Roman Hugentobler ein weiterer – nach beinahe vier Jahren «eingearbeiteter» – AL Winterthur-Parlamentarier. Platz 7 nimmt Florian Schweizer von der AL Bezirk Horgen ein.

Auf Nummer 8 ist Rahel El-Maawi platziert, Experte in Diversitäts- und Gleichstellungsfragen. Platz 9 nimmt Moritz Bögli ein, mit 25 Jahren der Jüngste der Zehnerspitze und seit letztem September engagiertes Mitglied des Zürcher Gemeinderats. Nummer 10 belegt Ephraim Seidenberg, Aktivist für die genitale Selbstbestimmung.

Unsere Spitzenkandidat:innen bringen nicht nur politisches Rüstzeug mit. Ihnen allen ist gemein, dass sie sich fern von Elfenbeintürmen bewegen. Sie begegnen bei ihrer Arbeit Menschen aller Art, sind in Bildung oder Medizin tätig, betreuen Alte und Junge. Das vermittelt Einblicke in die Lebensumstände der anderen, verschafft Bodenhaftung und schärft den Blick für die Verhältnisse, in denen die Mehrheit von uns lebt.

Weltfremde bürgerliche Politik

Wir sind heute stärker denn je mit den Folgen eines masslosen Neoliberalismus konfrontiert, der die Vermögens- und Einkommensschere stets weiter aufreißt. Und dem sich alle und alles unterordnen, als wäre er eine Naturgewalt. Die national nach wie vor bürgerlich dominierte Politik unterwirft sich seit Jahren blind den Lobbys internationaler Konzerne. Gleichzeitig ist sie sich nicht zu blöd, immer wieder den «Trickle-down»-Mythos «Geht's uns Reichen gut, geht's auch euch Losern gut» unter uns gemeinem Volk zu propagieren. Damit rechtfertigt sie nicht nur eine fatal einseitige Steuerpolitik,



Strahlende Gesichter unserer Kandidierenden (Bild: David Garcia Nuñez)

sondern blockiert auch dringende gesellschaftliche Veränderungen und Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel. Und bringt zentrale Errungenschaften – soziale Abfederungssysteme, das Gesundheits- und Bildungswesen und die Altersvorsorge – in akute Gefahr. Während die Wohnungsmieten vielerorts durch die Decke schiessen, fordert sie – in einem Land, das zu über 60% aus Mieter:innen besteht – dreist eine Schwächung des bereits ungenügenden Mieter:innenschutz. Ein weiteres Beispiel dafür, wie weltfremd man wird, wenn man sich nur unter seinesgleichen bewegt. Und bevor alle erkennen, für wen hier Politik gemacht wird, treiben rechte Populisten routiniert altbewährte Keile in Form von Sündenböcken zwischen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Alt und Jung, Menschen mit und ohne Schweizer Pass, Stadt und Land.

Keine Tomaten auf den Augen

Politische Arbeit, die als unverrückbare Maxime die Lebenswelt der Menschen im Fokus behält, bildet das A und O der AL und all derer, die sich auf unserer Nationalratsliste befinden. Ein solches Politikverständnis täte auch dem nationalen Parlament gut. Ob der kleinen, herzlich unpopulistischen AL der Sprung nach Bern gelingt, steht in den Sternen – da machen wir uns nichts vor. Dass wir uns alle in den nächsten Monaten laut und vernehmbar für eine Stärkung der sozialen Kräfte in diesem Land und für unsere Ideale einsetzen werden, steht hingegen fest. Für uns ist klar: Die AL gehört auch auf nationaler Ebene gehört.

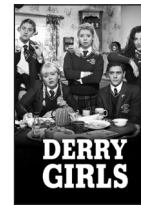
Andrea Leitner, Redaktionsmitglied

AL-Serientipps:



Dafina Gash empfiehlt: Uzan, F. und Zadi, J. (2023 – heute). Represent. Netflix. Stéphane Blé leitet ein Jugendzentrum in Bobigny, versucht Jugendliche von der

Strassenkriminalität abzuhalten und will nebenbei mit seiner Frau eine Familie gründen. Eher unerwartet wird er auch noch Präsidentschaftskandidat, als er den «linken» Kandidaten und Bürgermeister von Bobigny in einem Gespräch blossstellt und das Video davon viral geht. Die Serie folgt ihm in seinem eher untypischen Wahlkampf und den Hürden, die er als schwarzer Mann in Frankreich überwinden muss. Sabotagen, Skandale und TV-Duelle dürfen in einer solchen Kampagne natürlich nicht fehlen. Es geschieht viel, aber es bleibt oberflächlich, was den Wunsch nach tiefgründigeren Einblicken stärkt. Wird Stéphane der erste schwarze Präsident Frankreichs? Bietet uns die zweite Staffel vielleicht mehr als Bonmots?



Und: McGee, L. (2018 – 2022). Derry Girls. Hat Trick Productions; Channel 4. Am Abend zu den Spice Girls tanzen und am nächsten Tag nach möglichen

Bomben der IRA untersucht werden? Das ist das Leben in Derry! «Derry Girls» erzählt die Geschichte von fünf Freund:innen, die in den 90er-Jahren während des Nordirland-Konflikts auf der katholischen Seite aufwachsen. Die Serie begleitet die Teenager in ihrem Alltag und in wichtigen Lebensabschnitten: Abschlussprüfungen, Coming-Outs und viele Partys. Der Konflikt prägt dabei zwar oft ihr Leben, doch sie lassen sich davon nicht unterkriegen. Allgemein schafft es «Derry Girls», die Geschichte der «Troubles» auf eine völlig neue Art und voller Emotionen zu erzählen. Bis zum Schluss werden historische Ereignisse wie Clintons Besuch im Jahr 1995 oder das Karfreitagsabkommen packend und humorvoll aufgearbeitet. Neben einem dicken Kloss im Hals hinterlässt die Serie ganz viele Lachfalten.

Wo-Wo-Wonige

Wohnraumfonds JA!



Seit 2016 erlaubt der Kanton den Gemeinden, separate Fonds zur Finanzierung von Bau, Erwerb und Erneuerung von Mietwohnungen zu bilden. Dank einer von der AL initiierten Motion der linksgrünen Parteien, die 2018 überwiesen wurde, dürfte die Stadt Zürich hier bald eine Pionierrolle übernehmen.

Die Umsetzungsvorlage des Stadtrats, über die wir am 18. Juni abstimmen, ist ein gut austariertes Regelwerk. Die AL konnte SP und Grüne davon überzeugen, keine zusätzlichen Anträge zu stellen. Nicht zuletzt deshalb konnten wir im Parlament eine breite Abstützung bis hin zur GLP erreichen.

Abschreibungsbeiträge aus dem Wohnraumfonds gehen ausschliesslich an gemeinnützige Bauträger und verschaffen diesen etwas mehr finanziellen Spielraum. Der Fonds ist allerdings kein Allheilmittel. Im extrem überhitzten Wohnungsmarkt werden gemeinnützige Kaufinteressenten nie Höchstgebote abgeben, weil so kein preisgünstiger Wohnraum entstehen kann. Das Argument der Gegenseite, der Wohnraumfonds wirke preistreibend, ist also falsch. Für Verkäufer:innen von Wohnhäusern oder Bauland, die nicht auf Biegen und Brechen die Maximalrendite herausholen wollen, könnte das Angebot eines gemeinnützigen Bauträgers aber attraktiv genug sein. Verantwortungsbewusste Immobilienbesitzer:innen könnten damit einen Beitrag gegen die St. Moritzisierung der Stadt Zürich leisten und helfen, Liegenschaften dauerhaft der Spekulation zu entziehen.

Der Fonds soll mit 100 Mio Franken starten und mit einem Rahmenkredit um weitere 200 Mio Franken aufgestockt werden. In einer separaten Vorlage wird über die Verankerung des Wohnraumfonds in der Gemeindeordnung abgestimmt.

Patrik Maillard, AL-Gemeinderat

AL fordert Hochhaus-Sorgfalt



Der Stadtrat will die Hochhausrichtlinien von 2001 aktualisieren und ergänzende Bestimmungen in die BZO aufnehmen. Die Arbeitsgruppe "Wohnen und Planung" hat sich damit intensiv

befasst und Ende Februar Einwendungen zur Planaufgabe eingereicht.

Die Arbeitsgruppe anerkennt, dass im Entwurf die Qualitätsanforderungen geschärft und die Hochhausgebiete differenziert werden. So soll in Hanglagen, Kernzonen und den Blockrandgebieten der Kreise 3, 4 und 5 auf Hochhäuser verzichtet werden.

Ein Hochhaus ist per se ein Sonderrecht. Deshalb beantragen wir eine Gestaltungsplanpflicht für alle Hochhäuser. Damit ist eine öffentliche Mitsprache im Einzelfall gewährleistet. Und sichergestellt, dass Hochhäuser am richtigen Ort geplant werden und die Qualitätsanforderungen (klimagerecht, Gemeinschaftsräume, Vormietrecht für öffentliche Nutzungen, öffentlich zugängliche Erdgeschosse, vielseitig nutzbare kühlende Parkanlagen usw.) erfüllen.

Die maximale Höhe ist auf 80 m zu beschränken. Scharf kritisiert wird die massive Ausweitung der 40m-Hochhauszonen, vor allem in den Kreisen 9 und 11. Hier verlangen wir in den W3-Gebieten einen Verzicht auf Hochhäuser.

Kritik übt die AG auch an der fehlenden planerischen Koordination der Hochhausplanung mit den im kommunalen Richtplan vorgesehenen Verdichtungsgebieten. Das Hochhausleitbild soll entweder auf Basis der BZO 2016 erstellt werden oder es wird ein Hochhaus-Moratorium ausgesprochen, bis der kommunale Richtplan 2022 in einer BZO-Revision gesetzlich verankert ist.

Catherine Rutherford, Arbeitsgruppe Wohnen und Planung



Die Einwendungen der AL im QR-Code

Wohnschutz-Initiative



Im Anschluss an eine Tagung des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbandes (MV) im November 2021 hat sich eine Arbeitsgruppe Wohnschutz gebildet, die seither verschiedene Möglich-

keiten für gezielte Wohnschutz-Interventionen auf kommunaler und kantonaler Ebene evaluiert hat.

Was viele nicht wissen: Die Kantone können ergänzend zu den zivilrechtlichen Mieter:innenschutzbestimmungen des Obligationenrechts öffentlich-rechtliche Schutzbestimmungen erlassen, um einen genügenden Bestand an Wohnungen sicherzustellen, deren Mieten für breite Bevölkerungskreise tragbar sind. Entsprechende Wohnschutzgesetze gibt es in Genf, der Waadt und in Baselstadt. Auch Zürich kannte ab 1974 ein kantonales Wohnhaltungsgesetz, das allerdings 1998 aufgehoben wurde.

Der Initiativentwurf sieht ein kantonales Rahmengesetz zum Wohnschutz vor, dem sich die Gemeinden anschliessen können. Es soll ihnen ermöglichen, Renovationen, Ersatzneubauten und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einer speziellen Bewilligungspflicht zu unterstellen. Dabei können auch zeitlich befristet – auf 3 bis 10 Jahre – Höchstmieten festgesetzt werden. Zwar dürfen die Kantone wegen des Vorrangs des Bundeszivilrechts Leerkündigungen nicht verbieten. Mit der Mietzinsdeckelung bei Renovationen entfällt jedoch der Anreiz für Vermieter:innen, Mieter:innen auf die Strasse zu stellen, weil sie bei Neuvermietungen keine höhere Miete erzielen können.

Unter Federführung des MV wirken in der Vorbereitungsgruppe Vertreter:innen aller linksgrünen Parteien mit. Die Initiative soll im Sommer lanciert werden.

Niggi Scherr, Mitglied der AG Wohnschutz und Mitverfasser des Initiativtextes

IPV – AL in Aktion

Um stark belastete Haushalte bei der Krankenkasse zu entlasten und zu verhindern, dass Menschen Sozialhilfe beziehen müssen, verpflichtet der Bund die Kantone zur individuellen Prämienverbilligung (IPV). Gerade heute ist dies besonders dringlich. Allgemeine Teuerung, steigende Energie- und Mietkosten und der massive Anstieg der Krankenkassenprämien belasten Haushalte bis tief in den Mittelstand stark.

Neues Berechnungsmodell

Mit der Revision des Einführungsgesetzes zum KVG kam 2021 erstmals ein neues Berechnungssystem für die IPV zum Zug. Es ist zwar bedarfsgerechter, aber auch deutlich komplizierter und aufwendiger. Neu gibt es nicht mehr drei Einkommensstufen mit fixen Verbilligungsbeiträgen, sondern prozentgenaue Berechnungen auf Basis des massgebenden Einkommens; bei jungen Erwachsenen werden auch die Steuerdaten der Eltern miteinbezogen. Schlüsselgrösse ist der sogenannte «Eigenanteil» in Prozenten, der jährlich vom Regierungsrat neu festgelegt wird. Er bestimmt, bis zu welchem Einkommen Anspruch auf IPV besteht. Je tiefer er angesetzt wird, desto mehr Menschen haben Anspruch und desto höher fällt die IPV aus.

Gesundheitsdirektion verbockt Systemwechsel

Die Gesundheitsdirektion hat den Systemwechsel gründlich verbockt. Aus Angst vor Budgetüberschreitungen wurde der Eigenanteilssatz 2021 zu hoch angesetzt und musste zweimal nach unten korrigiert werden. Dass 2021 nur 25 statt der vorgeschriebenen 30 Prozent der Versicherten eine IPV erhielten, hat uns alarmiert. Da sich auch für 2022 ein analoges Szenario abzeichnete, wurde die AL aktiv und bildete vor Weihnachten eine Arbeitsgruppe IPV, die sich mehrmals traf. Es wurden dringliche Vorstösse für Kantons- und Gemeinderat verfasst, am 6. Januar eine Medienkonferenz zu den Fehlkalkulationen organisiert und erfolgreich das Gespräch mit der Sozialversicherungsanstalt (SVA) gesucht. Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, lancierte die AL die Kampagne «Hol Dir Deine Prämienverbilligung» und schaltete dazu die Webseite www.praemienverbilligung-zh.ch auf.

2021: 143 Mio Verbilligungsgelder bleiben liegen

Wie berechtigt unser IPV-Alarm war, hat jüngst die Publikation der Staatsrechnung 2022 gezeigt. Daraus geht hervor,

dass die Regierung im Rechnungsabschluss 2021 viel zu hohe Rückstellungen vorgenommen hat, die jetzt gar nicht beansprucht wurden; zudem sind über Rückforderungen hohe Mehrerträge hereingekommen. Damit steht fest: Für die Prämienverbilligung 2021 sind 143 Millionen Franken unbenützt liegen geblieben. Das sind 27.6% der budgetierten Mittel! Und 100 Mio mehr als in der Rechnung 2021 ausgewiesen. Doch die für 2021 nicht beanspruchten Mittel und die Mehrerträge werden nicht etwa den für 2021 Anspruchsberechtigten nachträglich gutgeschrieben. Sondern im Rahmen der Prämienverbilligung 2022 zusätzlich ausgeschüttet. Immerhin.

AL-Kampagne zeigt Wirkung

Für die IPV 2022 hat der Druck der AL Wirkung gezeigt. Im Februar lancierte die SVA eine Kampagne zur Nachmeldung von Anträgen für die individuelle Prämienverbilligung 2022 und schrieb gegen 100'000 Haushalte an. Wie viele Menschen reagiert haben, wissen wir nicht. Sicher ist, dass dank der AL für 2022 Zigtausende neu in Genuss einer Prämienverbilligung gekommen sind. Und sicher ist auch, dass die Alternative Liste hartnäckig am Thema dranbleibt.

Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin

So kann es nicht weitergehen

Mit 1 Milliarde Franken pro Jahr ist die Prämienverbilligung das grösste Sozialwerk des Kantons. Die AL hat es massgeblich mitgeprägt.

Dank einer erfolgreichen AL-Initiative gilt seit 2001 der Grundsatz, dass mindestens 30 Prozent der Bevölkerung Verbilligungsbeiträge erhalten und die Kinderprämien voll übernommen werden. 2019 konnte die AL dank einem von ihr eingeholten Gutachten verhindern, dass der Kanton Verbilligungsgelder des Bundes für Prämienübernahmen in der Sozialhilfe und bei den Ergänzungsleistungen zweckentfremdet.

Mit der Umsetzung des 2021 eingeführten neuen Modells sind diese Errungenschaften jedoch akut in Gefahr. Dass 2021 über ein Viertel der bereitgestellten Mittel nicht bei den Betroffenen angekommen sind und in den letzten beiden Jahren nur 25 statt 30 Prozent der Versicherten eine Prämienverbilligung erhalten haben, ist ein

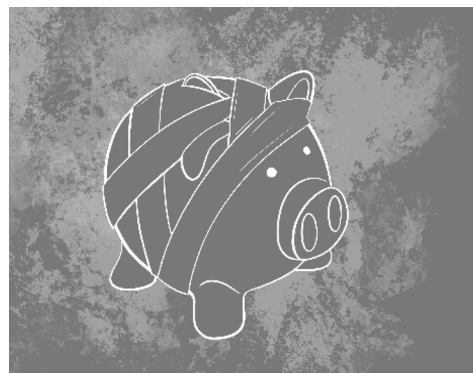
ausgemachter Skandal. Alarmierend ist auch die Tatsache, dass immer weniger von der SVA angeschriebene Bezugsberechtigte ihr Antragsformular retournieren, weil das Prozedere komplexer und intransparenter geworden ist.

2021 und 2022 hat die Gesundheitsdirektion die Eigenanteilssätze, die über die Bezugsberechtigung entscheiden, jeweils dreimal geändert, mal rauf, mal runter. Mit diesem wilden Hüst und Hott trägt sie dazu bei, dass die Prämienverbilligung zur Lotterie verkommt. Weil das neue System auf die Steuereinschätzung des Anspruchsjahrs abstellt, wartet auf die potenziell Berechtigten eine jahrelange Hängepartie, bis definitiv feststeht, ob überhaupt und wie viel Verbilligung sie erhalten.

Für das Funktionieren und die Akzeptanz von Sozialwerken sind Transparenz, Konstanz und Verlässlichkeit entscheidende Kriterien. Daran mangelt es bei der Prämienverbilligung zurzeit an allen Ecken.

Korrekturen sind unabdingbar. Dabei muss auch das Antragssystem auf den Prüfstand. Ausser bei den jungen Erwachsenen in Ausbildung verfügt die Sozialversicherungsanstalt heute über alle notwendigen Daten, um die Verbilligungen automatisch auszurichten. Die AL bleibt am Ball!

Niggi Scherr, Redaktionsmitglied



Das Schweinchen der IPV-Kampagne der AL

Nach den Wahlen – AL in Horgen



Die politische Grosswetterlage für die kantonalen Wahlen war aus linker Sicht nicht gerade vielversprechend, was sich auch auf das Wahlergebnis

der AL auswirkte. Zudem trugen im Bezirk Horgen Parteiaustritte aufgrund der AL-Coronapolitik zum Stimmenrückgang bei. Leider haben wir es (immer noch) nicht geschafft, in allen Gemeinden des Bezirks präsent zu sein. Wenn wir auch nicht in jeder Gemeinde eine Ortssektion bilden können, so sollte es doch möglich sein, mindestens eine Person in jeder Gemeinde zu finden, die bereit ist, für die Anliegen der AL aktiv und wenn immer möglich öffentlich einzustehen.

Gerade in den beiden Parlamentsgemeinden Wädenswil und Adliswil könnte dies der AL zu einem positiven Schub und allenfalls einem Sitz im Gemeinderat verhelfen. Das Beispiel Horgen zeigt ganz klar, dass wir mit beharrlicher Öffentlichkeitsarbeit und aktiver Präsenz vor Ort einen Zuwachs an Wähler:innenstimmen erreichen können. Wir kommen in dieser klar bürgerlichen Gemeinde heute auf einen Stimmenanteil, der in Wädenswil und Adliswil für einen Gemeinderatssitz reichen würde. Mit unserem Antrag für eine Energiezulage an Bezüger:innen von Ergänzungsleistungen sind wir an der Horgener Gemeindeversammlung zwar nicht durchgedrungen, aber wir haben ein wichtiges Thema auf die Agenda gesetzt. Dieses Engagement wollen wir konsequent weiterführen, vor allem mit Anfragen und Anträgen an Gemeindeversammlungen.

Es braucht meines Erachtens einen auf regionale Themen abzielenden Wahlkampf, um den stets wachsenden Teil der sozial benachteiligten Bevölkerungsschicht bei ihrer persönlichen Betroffenheit zu erreichen und – soweit stimmberechtigt – zum Gang an die Urne zu bewegen.

Wenn uns dies gelingt, so bin ich überzeugt, dass wir an den nächsten Kantonsratswahlen mit einem besseren Wahlergebnis rechnen dürfen!

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!

Florian Schweizer, AL Horgen

Immer noch hässig!

Der Frauenstreik 2019 war die grösste soziale Mobilisierung seit dem Landesstreik mit über einer halben Million Menschen auf der Strasse. Aktuell laufen in der ganzen Schweiz die Vorbereitungen für den nächsten feministischen Streiktag am 14. Juni 2023. Das heisst, jetzt ist ein gutes Moment, um zurückzuschauen, woher wir kommen und wo wir hinwollen.

Vor vier Jahren musste noch viel Energie in den Aufbau von feministischen Kollektiven in verschiedensten Kantonen und Städten sowie in die Vernetzung mit ausserparlamentarischen, parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kräften gesteckt werden. Die Mobilisierung war extrem vielfältig und die Forderungen zahlreich. Von den kleinen Dörfern bis in die Grossstädte fanden Aktionen statt. Es gab Organisation am Arbeitsplatz und Vernetzung in den einzelnen Arbeitsbranchen. Quartierstrassen wurden blockiert und gemeinsame Streikmittagessen fanden statt. Auch in Winterthur wurden am 14. Juni 2019 über 7'000 Menschen für Gleichberechtigung und eine gerechtere Gesellschaft auf die Strasse gegangen. Das war die grösste Demonstration seit Jahrzehnten in Winterthur.

Was diese soziale Bewegung dann tatsächlich erreicht hat, ist teilweise doch recht ernüchternd. In Winterthur wurden am Frauenstreiktag 150 Forderungen von den Teilnehmenden gesammelt und dem Stadtparlament übergeben. Die Antwort des Stadtrats liess über ein Jahr auf sich warten und die Zugeständnisse waren klein. Einige Forderungen vom Streiktag flossen in die Diversity-Strategie der Stadt ein, viele wurden jedoch als zu teuer abgetan und verworfen. Auch auf nationaler Ebene gab es nur wenige Erfolge. Nennenswert sind die Ehe für alle oder die Revision des Sexualstrafrechts, welche die queerfeministische Bewegung feiern konnte. Viel grösser waren aber die Rückschläge mit der Erhöhung des Rentenalters, dem BVG-Abbau oder der Ablehnung des Bundesrats gegenüber einem dritten Geschlechtseintrag für nichtbinä-

re und genderqueere Menschen.

Auch heute sind noch viele aktiv, die schon vor vier Jahren den Streiktag mitorganisiert haben. Einige sind in Gewerkschaften aktiv geworden und kämpfen dort gegen patriarchale Strukturen und für eine bessere Vertretung von Themen, welche vor allem Frauen, inter-, nichtbinäre, trans und agender Personen betreffen. Andere sind Parteien beigetreten und haben ein Mandat inne. Zu diesen gehöre ich nun auch. Durch den Einsatz im Stadtparlament bin ich eine laute Stimme für eine feministischere Politik. Die Brücke zwischen ausserparlamentarischen Kämpfen und dem Stadtparlament zu schlagen, ist definitiv nicht einfach. Noch immer sind unsere parlamentarischen Strukturen zutiefst sexistisch, homophob, rassistisch und ableistisch und bilden längst nicht die gesamte Bevölkerung ab.

Die Wut über den sexistischen Backlash der letzten Jahre war auch an dem schweizweiten Treffen der feministischen Kollektive in Fribourg anfangs März sehr spürbar. Die gemeinsam verabschiedeten Forderungen an diesem Treffen sind radikaler geworden als noch vor vier Jahren. Es wird dazu aufgerufen, das diskriminierende Drei-Säulen-System abzuschaffen und anstelle dessen eine tatsächlich solidarische Vorsorgelösung zu schaffen. Es wird gefordert, das private Krankenversicherungssystem durch eine Einheitskasse zu ersetzen. Gleichzeitig ist die Bewegung breiter geworden und es bilden sich ständig neue Kollektive wie in Zug oder im Thurgau, welche die lokalen Missstände kritisieren und den feministischen Kampf in alle Regionen tragen.

Es zeigt sich klar, dass es seit 2019 nicht weniger Gründe gibt, sich gegen das bestehende System zu wehren und sich feministisch zu organisieren. Umso wichtiger ist es jetzt, am feministischen Streiktag lautstark auf die Strasse zu gehen und zu zeigen, wie viele wir sind.

**Sarah Casutt, Stadt-
parlamentarierin AL Winterthur**



Der Feministische Streik 2019 (Bild: Claudio Schwarz, Unsplash)

Work-Life-Balance und die FDP



Hiesige Legislaturperiode dümpelt langsam ihrem Ende entgegen. Der Rat hat sich in einer der letzten Sitzungen mit so wichtigen Themen wie «Work-Life-Balance» beschäftigt.

Da wird eine grosse Schweizer Bank von hoch bezahlten und masslos überschätzten Managern an die Wand gefahren und die FDP beschäftigt sich und den Rat mit privaten Fragen von Zürcher und Zürcherinnen. Die Wandlung der FDP von einer, vielleicht zur Zeit der Gründung einmal, staatstragenden Partei zur neuen Schnüffel-, Gesinnungs- und Comedypartei ist frappierend. Sie wittert hinter jedem einzelnen Zürcher Lehrmittel eine linke Verschwörung und möchte die Notengebungen gesetzlich verankern, um die Freiheit von Lehrpersonen möglichst stark einzuschränken und die Schule auf eine Pseudoleistungsinstitution zu trimmen. Die Entwicklung der FDP zur Lach-

nummer und Freiheit-Einschränkungs-Partei ist erstaunlich, aber beunruhigend, so vermag sie doch andere Parteien mit ihren Schalmeienklängen zu verführen.

Nervig ist, dass sie mit ihren selbstgerechten Vorstössen viel Zeit des Ratsbetriebs in Anspruch nimmt. So hat die FDP weniger Zeit, sich mit den wirklich relevanten Themen zu beschäftigen. Wie mit der neuen Finanzierung der Kinderbetreuung – so hoffe ich zumindest. So dass es endlich vorwärts gehen kann mit der wichtigen Vereinbarung von Beruf und Familie. Damit könnte ein Versprechen eingelöst und umgesetzt werden, über das viele gerne schwatzen, das aber möglichst nicht speditiv umgesetzt werden soll. Denn die neue Finanzierung der Kinderbetreuung hat ein Preisschild.

Wir dürfen auf die neue Legislatur gespannt sein. Ich hoffe natürlich, dass die Mitte-Bildungsdirektorin den Mut hat, dem Rat eine zukunftsweisende statt einer schmürzeligen Betreuungsfinanzierungsvorlage zu unterbreiten. Wenn dem so ist, werde ich mich auch nicht mehr über die Lachnummern der FDP nerven.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

Vorzeigeprojekt mit Beigeschmack



Das Quartier Saatlen in Schwamendingen wächst, und dies stark. Dass die Stadt nun endlich mehr Schulraum schafft, ist deshalb mehr als überfällig.

Das Projekt für den Ersatzneubau der Schule Saatlen

hätte ein Prestigeprojekt werden sollen: Es wird viel Grünraum geschaffen, der Bau erfüllt die bestmöglichen ökologischen Kriterien. Ausserdem wird mit dem Neubau der Schule für Kinder und Jugendliche mit Körper- und Mehrfachbehinderungen auf dem Gelände ein wichtiger Schritt in Richtung einer inklusiven Schule gemacht.

Trotzdem hat die Schule auch viel berechnete Kritik ausgelöst. Dies hat vor allem mit ihrer Grösse zu tun: Mit über 40 Klassen auf allen Stufen wird das Saatlen zur grössten Volksschule der Stadt. Solch grosse Bauten stellen den Grundsatz einer möglichst quaternahen Schule in Frage. Schulen sollten im Quartier integriert und in kurzer Gehdistanz für ihre

Schüler:innen erreichbar sein. Dies ist aus pädagogischer sowie Quartierentwicklungsperspektive sinnvoll.

Solange die Stadt an ihrer bis heute verfolgten Landstrategie festhält, werden quaternahen Schulen in Zukunft kaum mehr möglich sein. Solange die Bevölkerung in Zürich weiterwächst, sich die Stadt aber gleichzeitig weigert, neues Land für Schulbauten zu beschaffen, müssen die Schulhäuser zwingend grösser werden. Es braucht deshalb zukünftig einen Strategiewechsel hin zu einer langfristigen Schulraumplanung, die diesen Namen auch verdient. Nur wenn die Stadt willens ist, neues Land zu beschaffen, nötigenfalls durch Enteignungen, kann sichergestellt werden, dass die Schulhäuser nicht noch grösser werden wie das Saatlen. Die Gemeinderatsfraktion wird sich deshalb weiterhin für Schulhäuser einsetzen, die das Prinzip Quaternähe erfüllen.

Moritz Bögli, AL-Gemeinderat

Unbequem & links

6. Januar: Gelungener AL-Neujahrsapéro mit Podiumsgespräch zur MNA-Situation, Festschmaus und guter Musik.

18. Januar: Gemeinderat überweist Postulat von AL und Grünen für selbstorganisierte Nutzung des kurzzeitig besetzten ewz-Kesselhauses für kulturelle und politische Veranstaltungen.

12. Februar: AL-Vorstandsmitglied Lisa Letnansky wird gemeinsam mit 4 Bisherigen in den Kantonsrat gewählt. Grosse Wermutstropfen ist die Abwahl von Melanie Berner.

2. März: 13'000 Unterschriften für die überparteiliche kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» für ein kommunales Vorkaufsrecht.

15. März: Gemeinderat überweist Motion (AL) und Postulat (SP) für Pilotversuch für Viertageweche bei maximal 35 Stunden Arbeit.

Zusammen mit Betroffenen reicht AL-Gemeinderat Mischa Schiow Petition zum Ersatzneubau «Im Glockenacker» ein. Gefordert werden Etappierung und Ersatzwohnungen.

22. März: Gemeinderat überweist Postulat AL/Grüne/SP für Abschaltung von Leuchtdrehsäulen und digitalen Werbeflächen.

22. März: Nach Ja zu Airbnb-Initiative in Luzern erkundigt sich GR-Fraktion nach Stand der Umsetzung der von der AL gegen stadträtlichen Widerstand erkämpften Zweitwohnungsbeschränkungen (GR 2023/155).

27. März: Anfrage von AL-Kantonsrätin Nicole Wyss zu Planungsabsichten der Regierung auf dem Kispi-Areal.

28. März: AL-Vollversammlung nominiert Spitzenkandidat:innen für die Nationalratswahlen.

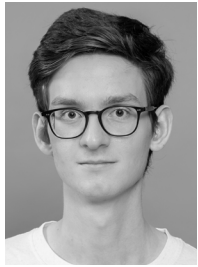
29. März: Gemeinderat überweist Postulat Moritz Bögli (AL) und Luca Maggi (Grüne) für Verzicht auf Bussen wegen Teilnahme an unbewilligten Kundgebungen.

5. April: Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion für einen höheren Normkostensatz in den Stadtzürcher Kitas wird als erfüllt abgeschrieben (GR 2022/5). Dank AL erhalten KiTa-Mitarbeitende bessere Arbeitsbedingungen & mehr Lohn.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Klimaschutz: überall und jetzt



Tausende Tote durch Hitze-
wellen, Millionen
Menschen
durch Fluten in
Pakistan vertrieben, eines der
heissesten Jahre
seit Messbeginn

und die Treibhausgasemissionen steigen weiter ungebremst an. Das war 2022. 2023 startet mit einem trockenen Winter, kaum Schnee. Eine europaweite Dürre droht. Am Montag, 20. März, veröffentlichte der IPCC, bestehend aus den weltweit führenden Klimawissenschaftler:innen den letzten Teil des sechsten Sachstandsberichts. Die Kernbotschaft ist klar, simpel und bedrohlich: Wenn wir jetzt nicht sofort radikal handeln, ist es zu spät! UN-Generalsekretär António Guterres sagt: «Unsere Welt braucht Klimaschutzmassnahmen auf allen Ebenen: alles, überall, zur selben Zeit.» Was hat das Ganze mit dem Klimaschutzgesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen, zu tun, kann mensch sich jetzt fragen. (Leider) ist dieses auf nationaler Ebene die einzige Klimaschutzmassnahme, über die die stimmberechtigte Bevölkerung entscheiden darf. Ich bin ganz offen und ehrlich: Selbst die Gletscherinitiative, die zugunsten des Klimaschutzgesetzes zurückgezogen wurde, ging angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse viel zu wenig weit. Aufgrund ihrer historisch viel höheren Klimaschuld sollten laut IPCC die reichen Länder möglichst bis 2040 Netto Null Emissionen erreichen. In Anbetracht des Wohlstands und des extrem hohen Verbrauchs wäre für die Schweiz sogar Netto Null bis 2030 angezeigt. Doch trotz dieser Mankos ist das Klimaschutzgesetz der einzige Kompromiss, der zur Abstimmung steht. Es ist breit abgestützt und geht wichtige Punkte an. So enthält der Absenkpfad hin zu einer klimaneutralen Schweiz bis 2050 klare Vorgaben. Darum gilt es, diese Abstimmung als Startpunkt für eine viel ambitioniertere Klimapolitik zu nutzen. Als Sprungbrett, um endlich ins Handeln zu kommen. Denn wir brauchen soziale und nachhaltige Klimaschutzmassnahmen, überall und jetzt!

Björn Müller, Klimaaktivist

Mindeststeuer – so nicht!

Kein Zweifel: Nach der Einführung des automatischen Informationsaustausches in Steuerfragen sind die unter der Ägide der OECD im Oktober 2021 vereinbarten Regeln über eine Mindestbesteuerung multinationaler Konzerne ein weiterer historischer Durchbruch. Erstmals kommt es zu einer Art internationale Steuerharmonisierung. Firmen mit weltweit mindestens 750 Mio Euro Umsatz müssen ihre Gewinne in den 137 beteiligten Ländern zu mindestens 15 Prozent versteuern.

Allerdings ist nicht alles Gold, was glänzt. Etwa der Mindestsatz von 15%. Begonnen hatten die Verhandlungen mit 25%. Doch dann zeigten Lobbyismus und Powerplay von Tiefsteuermändern wie der Schweiz, Irland, Luxemburg etc. Wirkung. Die Schweizer Delegation lobbyierte für 12.5% und bekam 15%. Zum Vergleich: Bei Normalbesteuerung liegen die effektiven Steuersätze der Kantone zwischen 12% und 20%. Schöpfen die Firmen alle Reduktionsmöglichkeiten der STAF-Reform von 2019 aus, sind es noch 9% bis 13%; auch in Zürich (Normalsatz 19.7%) liegt der Minimalsatz bei 11.75%.

Zweiter Konstruktionsfehler: Rohstoffländer im Süden, die unter Gewinntransfers leiden, haben nichts davon. Erhebt eine Steueroase, in der ein Rohstoff-Multi operiert, weniger als die Mindeststeuer, kann das Land mit dem Firmen-Hauptsitz die Differenz als Zusatzsteuer erheben. Dieser liegt in aller Regel im globalen Norden, die Produzentenländer gehen leer aus. Eingeführt wird die Mindeststeuer, die ab 2024 operativ

sein soll, aus Zeitgründen durch einen Verfassungszusatz, über den wir am 18. Juni abstimmen. Er enthält die wichtigsten Eckpunkte; die konkrete Umsetzung erfolgt durch eine bundesrätliche Verordnung, die erst später durch ein vom Parlament erlassenes Gesetz abgelöst wird. Um das 15%-Ziel zu erreichen, soll eine Ergänzungssteuer erhoben werden. Bei der direkten Bundessteuer gehen 78.8% an den Bund und 21.2% an die Kantone. Ein analoger Verteilschlüssel wäre auch für die Ergänzungssteuer angezeigt und wurde auch von der Linken so eingefordert. Gekommen ist es – dank bürgerlichem Lobbying – genau umgekehrt: Der Bund soll bloss 25%, die Kantone 75% erhalten. Damit könnten allein die beiden Tiefsteuer-Kantone Zug und Baselstadt bis zu 40 Prozent der Mehreinnahmen einstreichen. Und sie für eine weitere Erhöhung ihrer steuerlichen Attraktivität einsetzen, durch Subventionen und Senkungen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Auch der Bund soll die ihm zufließenden Mittel explizit «zur zusätzlichen Förderung der Standortattraktivität» einsetzen.

Im Klartext: Es geht um die Fortsetzung des interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerbs mit anderen Mitteln. Dazu sagt die AL Nein. Die Schweiz will und muss die Mindeststeuer umsetzen. Mit einem Nein können wir positiven Druck aufbauen für eine progressivere Umsetzung – wie wir es bei der Unternehmenssteuerreform III erfolgreich getan haben.

Niggi Scherr, Redaktionsmitglied



Die OECD-Steuer als neues Mittel für den Steuerwettbewerb? (Bild: Keystone)